

München, 12.07.2019

Einschulungskorridor bringt Kita-Träger und Kommunen in zusätzliche Schwierigkeiten

Vorsitzende des Sozialausschusses Rauscher fordert Hilfen durch die Staatsregierung - Besonders schwierige Situation in Schwabach, Bayreuth und Erding

Die Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag **Doris Rauscher** fordert mehr Unterstützung von Kindertagesstätten, die Probleme haben, weil in diesem Jahr mehr Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt werden. "Einige Städte, Gemeinden und Kita-Träger trifft es besonders hart. Sie können zum Teil nicht alle Kinder versorgen, die einen Platz benötigen. Die Eltern haben aber einen Rechtsanspruch. Die Staatsregierung darf die Betroffenen nicht allein lassen. Wir erwarten, dass sie gemeinsam mit den Kommunen Lösungen erarbeitet, damit ausreichend Kitaplätze zur Verfügung stehen."

Erstmals konnten in diesem Jahr in Bayern Eltern selbst entscheiden, ob sie ihr Kind, das zwischen dem ersten Juli und dem 30. September 2019 sechs Jahre alt wird, einschulen. Viele Familien machen nun davon Gebrauch: Von 32.000 Kindern bleiben laut Kultusministerium nun bayernweit 44 Prozent in den Kitas. Besonders betroffen davon sind Städte wie das mittelfränkische Schwabach, das oberfränkische Bayreuth oder Erding in Oberbayern.

Für die Ausschussvorsitzende reichen die Probleme bei der frühkindlichen Bildung aber noch viel weiter: Laut Schätzung der Staatsregierung fehlen in Bayern 19.500 Fach- und 10.000 Ergänzungskräfte, wenn man eine Person auf acht Kinder rechnet, was von Fachleuten als pädagogisch sinnvoll betrachtet wird. Bei den Regelungen für Leitungs- und Verfügungszeiten liegt Bayern deutlich hinter dem Bundesschnitt und auch bei der Bedarfsdeckung hinkt Bayern hinterher. Die Betreuungsquote in Bayern für Kinder unter drei Jahren beträgt lediglich rund 27 Prozent. Die Landtagsabgeordnete fordert deshalb: Bayerns Kitas brauchen endlich eine echte Qualitätsoffensive statt immer nur schöne Worte. Dies muss Entlastungen für Kita-Leitungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und mehr finanzielles Engagement der Staatsregierung als bisher bedeuten. So machen wir den Arbeitsbereich für mehr Fachkräfte attraktiv."